

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post
2.50 bezm. 14.10 M. Bestellt wird besonders empfohlen. Einzelnummer 20 Pf.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Be-
steller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Nachzahlung der Gebühren.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckereibetrieb: Wiesbaden, Nikolaistraße 21.
Druck Nr. 1013 und 1014. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile
10 Pf., die 52 mm breite Reklamzeile 1. — A; außerhalb: 75 Pf. bezm. 4. — M.
Ausland 1. — bezm. 6. — M., Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 584

Dienstag, 14. Dezember 1920.

74. Jahrgang

Zwei deutsche Noten.

1. Ueber Eupen und Malmédy.

Berlin, 13. Dez. In der Frage Eupen-Malmédy rüh-
ren, wie wir hören, die Reichsregierung eine neue, umfang-
reiche Note an den Völkerbund mit dem Ersuchen, sie der
Bundversammlung vorzulegen. In der Note wird an der
Hand eingehender rechtlicher und tatsächlicher Ausführungen
und unter Beibringung von neuen Urkunden nachgewiesen,
dass der bekannte, die Kreise Eupen und Malmédy endgültig
Belgien zusprechende Beschluss des Völkerbunds auf un-
zutreffende Voraussetzungen beruht. Besonders
ausführlich ist dieser Nachweis bei der Frage, ob die Freiheit
der Stimmabgabe beeinträchtigt war oder nicht. Der Völ-
kerbund hat diese Frage verneint und das zum
Beweise des Gegenteils vorgelegte Material für unmaßgeb-
lich und ungenau erklärt. Hierzu bemerkt die Note, dass
Bewweise von Bewohnern der beiden Kreise über eine Hin-
terziehung der Volksbefragung in einer solchen Falle
vorliegen und in allen wesentlichen Punkten so genau
übereinstimmen, dass sie ein genaues Bild ergeben.
Die deutsche Regierung äußert ihr Erstaunen darüber,
dass der Völkerbund diesen Beweisen keine Beachtung
schenke, ohne seine Ansicht genauer zu begründen. Falls er
sich lediglich auf das belgische Material stützen sollte, müsste
die deutsche Regierung Verwahrung gegen diese un-
gleiche Behandlung einlegen. Die darin liege, dass zwar Bel-
gien sich zu dem deutschen Material äußern konnte, Deutsch-
land aber trotz seiner Bitte von dem belgischen Material nicht
einmal Kenntnis erhielt. Noch genauer wird die unrichtige
Information des Völkerbunds in einem anderen, eben-
falls entscheidenden Punkte nachgewiesen. Der Rat erklärte
nämlich die bekannte geordnete Zirkularverfahren, durch die
die Ausübung des Stimmrechts mit den schärfsten Re-
pressalien bedroht wurde, deswegen für unbedeutend,
weil sie nur für drei Gemeinden ergaue, vom belgischen
Gouverneur dekretiert und nicht angewandt worden sei.

Die Note weist nach, dass die Annahmen sämtlich un-
zutreffend sind. Erstens handelt es sich nicht um eine Ver-
fahren von Unterbeamten, sondern um eine vom Kreis-
kommissar in Malmédy auf Anordnung des Gouverneurs
selbst erlassene Verfügung. Die Tagesbuchnummer, das Datum
und die Anfangsworte dieser Verfügung werden angegeben.
Auch der Wortlaut einer bisher unbekannt gebliebenen
Verfügung über den Ausschluss aller ihr Stimmrecht aus-
übenden Kreisbewohner von der Geldsumme
festsetzt. Zweitens wird an der Hand verschiedener Urkun-
den bewiesen, dass die Repressalien tatsächlich angewandt
wurden. Drittens wird genau bezeugt, dass schon die bloße
Androhung von Repressalien eine radikale Einschüchterung
der Bevölkerung zur Folge hatte, weswegen es auf ihre tat-
sächliche Anwendung und auf die der Bevölkerung abge-
nommenen Beschlüsse gar nicht ankomme. Die vollkommene Einschüchterung der Be-
völkerung kennzeichnet treffend ein früheres Vorgehen
des Gouverneurs in Malmédy, der erklärte, die allgemeine,
auch von ihm geteilte Ansicht sei gewesen: Wer sich in die
Prozessliste einträgt, ist verloren. Schließlich hebt die Note
heraus, dass die belgischen Behörden anerkennend Erklärungen
des Bürgermeisters über eine loyale Handhabung der Volks-
befragung vorgelegt haben. Die Note spricht diesen Erklärungen
jedem Beweiskraft ab, weil sie nicht von allen Bürger-
meistern abgegeben und mindestens in einem Falle ausdrück-
lich abgelehnt wurden und weil abgesehen davon, dass die
Erklärungen im Klaren gehalten wurden. Unter Be-
zugnahme auf diese Ausführungen und Beweiskräfte, die eine
den Tatsachen widersprechende Information des Völ-
kerbunds klar erkennen lassen, erklärt die deutsche Regie-
rung, dass sie den Beschluss des Rates aus diesem Grunde
nicht anerkennen könne.

Die Note fährt dann fort:
Der Rat des Völkerbundes erklärte ausdrücklich, dass
seine Entscheidung anders lauten würde, wenn bewiesen
werde, dass das Ergebnis der Volksabstimmung durch Ein-
schüchterung, Druckmittel, Unbilligkeit und Drohungen
bestimmt worden sei. Diese Beweise sind erbracht.
Sollte auf diese Beweise, erwartet die deutsche Regierung,
dass die rechts und verfassungsmäßige Volksbefragung, wie
sie von den belgischen Behörden gehandhabt wurde, für
ungültig erklärt und der Bevölkerung die Möglichkeit
einer wahrhaft freien Meinungsäußerung gegeben wird. Die deutsche
Regierung ist sich der zureichenden Hoffnung hin, dass der
Völkerbund zu diesem Zwecke die geeigneten Maßnahmen
treffen wird. Sie knüpft daran die dringende Bitte, dass
auch ihr Gelegenheit zur Ansichtsbekundung gegeben werde
und dass wenn irgendmöglich, der Völkerbund eine Kom-
mission in die Kreise entsenden möge, um sich aus eigener
Anschauung ein Bild über die wahre Stimmung der Be-
völkerung zu verschaffen. Dies ist auch der lebhafteste Wunsch
der Bevölkerung selbst.

Die Behandlung der Note in Gené.
Aus Gené wird gemeldet: Das Generalsekretariat des
Völkerbundes überreichte am 12. Dez. den Mitgliedern des
Völkerbunds die deutsche Note, die Reichsminister Simon
an den Generalsekretär, Sir Eric Drummond, richtete.
Das Generalsekretariat verteilte an die Völkerbundsmit-
glieder nur die Übersetzung dieser Note, nicht aber
das beigefügte Memorandum mit den Anlagen, in denen die
Beweise aufgeführt werden, auf die sich die deutsche Note
stützt. Das Sekretariat beantragte sich damit, den Delegierten
mitzuteilen, dass sie diese Dokumente in der Bibliothek des
Generalsekretariats finden können. Es fügt hinzu, dass sie dort
auch die übrigen Akten über Eupen und Malmédy finden
würden, darunter den Bericht der belgischen Regierung vom
17. Nov., in dem — wie es in dem Begleitfreschen des

Generalsekretariats wörtlich heißt — die Bemerkungen der
deutschen Regierung über die Durchführung der Volksbe-
fragung widerlegt worden sind.

2. Ueber die Abstimmung in Oberschlesien.

Berlin, 13. Dez. Der deutsche Botschafter in London
hat am 11. Dez. nachstehende Note dem englischen Premier-
minister übergeben:
Die deutsche Regierung hat den Vorschlag, den der
englische Premierminister namens der englischen, der fran-
zösischen und der italienischen Regierung wegen der Ab-
stimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer ein-
gehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich, darauf fol-
gendes zu erwidern: Der Friedensvertrag gibt Deutschland
den Anspruch auf eine Gewähr dafür, dass bei der Volks-
abstimmung in Oberschlesien der Wahlakt frei, unbee-
influsst und geheim vollzieht und jede unterschiedliche
Behandlung der Eingekessenen und der außerhalb Ober-
schlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein
ausgeschlossen ist. Diesem Anspruch kann nur durch völlige
Einseitigkeit des Wahlaktes genügt werden. Der Grund-
satz der Einseitigkeit des Wahlaktes ist denn auch dem Ori-
gine der Zeit nach bei den Bestimmungen in Schwedwig sowie
in Oh- und Westpreußen auf Grund der Art. 96 und 100 des
Friedensvertrages Arena durchgeführt worden. Diese Artikel
decken sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4
der Anlage des Art. 88. Der Botschafter hat überdies den
Grundsatz der Einseitigkeit des Wahlaktes anlässlich der
Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte
Urnen einzuführen, ausdrücklich als maßgebend erkannt.
Ebenso geht aus der Note vom 2. Nov. hervor, dass sich die
englische, die französische und die italienische Regierung gleich-
falls zu diesem durch den Friedensvertrag und seine bis-
herigen Anwendung festgelegten grundsätzlichen Standpunkt
bekennen.

Die deutsche Regierung erkennt gerne an, dass der ihr
gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht ausgeht,
Unruhen zu vermeiden, die bei Gelegenheit der Ab-
stimmung in Oberschlesien eintreten könnten. Sie kann
diese Absicht nur mit Genehmigung bekräftigen. Sie weiß auch
die Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen
mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinflusste
und gleiche Stimmabgabe zu sichern und das ihrem Schutze
anvertraute Oberschlesien am Tage der Abstimmung vor
Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den
Rechten ihre Aufgabe zu erleichtern, ist die deutsche Regie-
rung bereit, das in der Note vom 3. Nov. aufgeworfene
Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.
Die deutsche Regierung gesteht sich, hierbei darauf hinzu-
wirken, dass der Vorschlag der Mäßigkeit großen technischen
Schwierigkeiten in bezug auf Transport, Unterbringung usw.
begegnen muß. Sie macht ferner darauf aufmerksam, dass
nach Artikel 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung
nicht bekannt werden darf, bevor nicht alle von den Ein-
gekessenen und auswärtigen Wahlberechtigten abgegebenen
Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft,
ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und
eine Verletzung des Grundgesetzes der Geheimhaltung völlig
ausgeschlossen werden kann.

Die deutsche Regierung glaubt, dass durch eine münd-
liche Aussprache am schnellsten die Möglichkeit erlangt
würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung
zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzudeuten, bald-
möglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regie-
rungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag
ausgegangen ist und an die er gerichtet ist.

Die deutsche Regierung bittet den englischen Herrn
Premierminister, diese Anregung auch an die französische
und die italienische Regierung weiter geben zu wollen.

Paris, 14. Dez. (Havas.)
Der diplomatische Vertreter der Agentur Havas be-
merkt bezüglich der von England, Frankreich und Italien ge-
richteten Note über die Wahl der Oberschlesier, die nicht mehr
dort anständig sind: Diesen Vorschlag will Deutschland nicht
annehmen. Die internationale Kommission in Oberschlesien
ist aber absolut nicht an die Beschlüsse anderer Abstimmungs-
kommissionen gebunden. Die Hauptfrage war, eine Garantie
für die Freiheit und die Ehrlichkeit bei der abehlenen Wahl
zu schaffen. Diese Bedingungen können ebenso gut im Rhein-
land wie in Oberschlesien ausgeführt werden. Die Kom-
mission, welche für die öffentliche Ordnung verantwortlich ist,
kann es nicht verantworten, dass ein Zutrom von drei-
hunderttausend bewaffneten Oberschlesiern erfolgt, die bewaff-
net sein, die Wähler beeinflussen und eventuell blutige An-
falligkeiten hervorrufen können. Infolgedessen ist es leicht
möglich, dass die Verbündeten jede weitere mündliche Ver-
handlung vermeiden werden, die nur die Abstimmung ver-
zögern könnte, und auf die weite in London vorgelebene
Lösung zurückkommen werden. Sie würden sich dann ent-
scheiden, die auswärtig wohnenden Oberschlesier zwei Wochen
nach den anderen wählen zu lassen.

Der neue Oberkommissar von Danzig.

Das polnische Telegraphenbureau verbreitet folgende
Mitteilung aus Gené:
Der Völkerbund ernannte den Direktor der Ver-
kehrs- und Transaktion, Attolico, zum Oberkom-
missar des Völkerbundes in Danzig.
Es handelt sich offenbar um den derzeitigen Vertreter
Italiens im Völkerbund, Attolico, der nunmehr als Ober-
kommissar für Danzig ernannt ist.

Der Aufruhr in Irland.

London, 13. Dez. Nach den letzten Meldungen wird
die Zahl der durch Feuer in Cork zerstörten Häuser auf 140
geschätzt. Bei einer Schießerei wurden nachts zwei Personen
getötet und vierzehn verletzt. Hunderte von Menschen sind
geflüchtet. Der katholische Bischof machte in der Kathedrale
feierlich bekannt, dass er alle an den Überfällen von Reichs-
truppen beteiligten Personen exkommuniziert.

Paris, 13. Dez. Nach einer Meldung der Pariser Aus-
gabe der „Daily Mail“ hat die Dubliner Polizei gestern im
einer angeblichen Reparaturwerkstätte für Fahrräder eine
Bombenfabrik und 300 Bomben beschlagnahmt. Beson-
deres wurden in der Fabrik nicht angebrochen.

Das Gefecht in Syrien.

Paris, 14. Dez.
Havas veröffentlicht ein Telegramm aus Beirut mit
Einzelheiten über den jüngsten Kampf in Syrien. Eine
französische Aufklärungsabteilung, die beauftragt war, von
den noch nicht völlig pazifizierten Stämmen die Übergabe
der Waffen zu verlangen, stieß bei Ain-Chewlat im Gebiete
von Meit auf ernstlichen Widerstand von Arabern.
Ein türkisches Bataillon, das von Norden her, wahrscheinlich
von Antak kam und in die gebirgige Gegend eingeschoben
war kam den Arabern zu Hilfe. Die an Zahl weit
unterlegene französische Abteilung mußte zurückgeben und
soll etwa 20 Tote und 40 Verwundete gehabt haben. Man glaubt,
dass es sich um die alte feindliche Abteilung gehandelt hat,
die an den Scharmühen bei Jisr Schouf teilnahm. Von
Aleppo aus wurden Verstärkungen entsandt, um die Gegend
von türkischen Truppen zu säubern.

König Konstantin Rückkehr.

Athen, 13. Dez. (Havas.)
Die Blätter enthalten ausführliche Programme über den
triumphartigen Empfang, der dem König Konstantin am
Sonntag anlässlich seiner Rückkehr bereitet werden soll.

Holland bricht die Beziehungen mit Serbien ab.

Haag, 14. Dez. Wie das Corbisbüro vernimmt, ist
zwischen der niederländischen und der serbischen Regie-
rung wegen der Rückhaltung des niederländi-
schen Konsuls in Belgrad eine Meinungsverschiedenheit
entstanden. Die niederländische Regierung betrachtet die von
der serbischen Regierung in dieser Angelegenheit eingenom-
mene Haltung als mit der für die Aufrechterhaltung guter
Beziehungen üblichen Art in Widerspruch stehend.
Sie beauftragte daher ihren Gesandten in Belgrad, Ser-
bien zu verlassen, und teilte dem serbischen Geschäfts-
träger in Haag mit, dass auf seine weitere Anwesenheit im
Haag keinen Wert gelegt werde.

Preussische Landesversammlung.

Das Besoldungsgeleit.
Berlin, 13. Dez. Der Besoldungsausschuss der
preussischen Landesversammlung, der in den letzten Wochen
täglich Sitzungen, teilweise bis spät in die Nacht abhielt, be-
endete gestern in einer zehnstündigen Versammlung die
zweite Sitzung der Besoldungsordnung. Damit ist es
sicher, dass die Besoldungsgeleihe noch vor Weihnachten
verabschiedet werden.

Anzufriedenheit der Eisenbahner.

Berlin, 13. Dez. Der zusammengetretene Vorstand
des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt, dass die geringe
Luftbeförderung der Rinderzüge für die Beamten den
Teuerungsvhältnissen keineswegs Rechnung trägt. Das
gelte auch für die in Aussicht stehende Verbesserung der
Bezüge der Arbeiter. Der erweiterte Vorstand beauf-
tragt den engeren Vorstand, alle Verhandlungsmöglichkeiten
zu erschöpfen, um eine entsprechende Erhöhung der Bezüge
aller Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Sollte
dies nicht gelingen, so soll der engere Vorstand mit den
übrigen Faktoren in Verbindung treten, um zu einem ge-
eigneten Zeitpunkt den Streik zu erklären und durch-
zuführen.

Die erste englische Kohle in Deutschland.

Hamburg, 13. Dez. Der Dampfer „Wöhr“, der heute
von Newcastle am Tyne abgeht, bringt die erste Ladung eng-
lischer Kohle nach dem Arzene nach einem deutschen Hafen.
Die Ausfuhr wurde nach langen Verhandlungen vom eng-
lischen Kohlenkommissar genehmigt.

Polnische Offensive gegen Kaiserdenkmäler.

Kattowitz, 13. Dez. Heute Morgen wurde hier das
Kaiser Wilhelm-Denkmal in die Luft gesprengt und
völlig zerstört. Durch die Gewalt der Explosion wurden
sämtliche Fensterscheiben der umliegenden Häuser zertrüm-
mert. Von den Tätern fehlt jede Spur.
Bentzen, 14. Dez. Aus Nikolai wird gemeldet:
Auch hier wurde das Denkmal Kaiser Wilhelms am
Marktplatz gestern früh vom Sodel heruntergerissen. Man
bemerkte im Verlaufe des Tages verschiedene verdächtige Ge-
sichten, denen man die Tat zuschrieb.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 14. Dezember.

Keine Erhöhung des Brotpreises.

Berlin, 14. Dez. Immer wieder wird in der Presse behauptet, daß eine mehr oder weniger bedeutende Erhöhung der Brotpreise, nützlich der Mehlpreise, seitens der Reichsgetreidebehörde bevorstehe. Wie wir von maßgebender Stelle erfahren, ist diese Behauptung unzutreffend. Der Reichsernährungsminister hat bereits in seiner letzten Reichstagsrede darauf hingewiesen, daß eine solche Erhöhung angesichts der steigenden Aufwendungen, die die Bevölkerung für die Versorgung gerade im Winter belasten, bei der immer mehr sinkenden Kaufkraft weiter Kreise nicht anzunehmen ist und daß, um den Mehlpreis auf der gegenwärtigen Höhe zu halten, allein für die Zeit bis zum 31. März 1921 rund 1/2 Milliarden Mark an Reichszuschüssen angefordert werden müssen. Es ist unter diesen Umständen nicht ersichtlich, auf welche Tatsachen sich die Behauptung von einer bevorstehenden Erhöhung der Brotpreise stützt.

Wir konnten schon vor einigen Tagen darauf hinweisen, daß nach Erkundigungen unseres Berliner Vertreters an maßgebenden Stellen nichts von Absichten bekannt war, auf die sich die Nachricht von einer gewaltigen Brotpreiserhöhung stützen konnte, die von verschiedenen Blättern veröffentlicht war und eine starke Erregung in die Bevölkerung getragen hatte.

Die hiesigen Möbelverordnungen sind durch die im Anzeigenteil veröffentlichte Bekanntmachung des Magistrats außer Kraft gesetzt worden. Damit ist die öffentliche Vertriebsführung gebrauchter Möbel nunmehr auch formell aufgehoben.

Am gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben 249 Rinder, darunter 60 Ochsen, 44 Bullen und 188 Kühe und Kälber, 130 Kälber, 87 Schafe und 174 Schweine. Die Preise gingen gegen die Vorwoche bei Rindern etwas nach unten, bei Kälbern und Schweinen waren sie etwas an, während die Schafpreise unverändert blieben. Trotz der bevorstehenden Feiertage, die sonst zu einem lebhaften Geschäft anspornen, war das Geschäft schleppend, und der Auftrieb wurde nur langsam vorangetrieben. Man notierte: Ochsen: vollfleischige, ausgemästete bis 1000 Mark, mäßig genährte bis 850 bis 900 Mark, junge Heckschafe, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 750 bis 800 Mark; Bullen: vollfleischige, ausgemästete bis 1000 Mark, mäßig genährte bis 750 bis 800 Mark; Kühe: vollfleischige jüngere 700 bis 750 Mark; Kälber und Kühe: vollfleischige, ausgemästete bis 1000 Mark, mäßig genährte bis 850 bis 900 Mark, ältere ausgemästete bis 700 bis 800 Mark, wenig ausgewachsene bis 600 bis 700 Mark; Schafe: mittlere Mast- und beste Saatkälber 800 bis 1000 Mark, geringere Mast- und gute Saatkälber 600 bis 800 Mark; Schafe: Weidemastschafe: Mastlamm und Mastschaf 700 Mark; Schweine: vollfleischige Schweine von 180 bis 200 Pfund Lebendgewicht 1700 bis 1775 Mark, vollfleischige Schweine unter 160 Pfund Lebendgewicht 1600 bis 1700 Mark, vollfleischige von 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht 1700 bis 1775 Mark. Alles per hundert Pfund Lebendgewicht.

Der aktive Frankfurter Schlachtviehmarkt setzte in der Woche und Schweinen wiederum einen recht aufstrebenden Auftrieb. Erstklassige Qualitäten waren nur wenig vertreten. Das Geschäft entwickelte sich sehr ruhig; demzufolge wurde auch der Markt nicht geräumt. Die Preise setzten weiterhin sinkende Tendenz, besonders in den minder guten Qualitäten. Am einzelnen ist folgendes zu bemerken: Es waren aufgetrieben 926 Rinder, darunter 296 Ochsen, 56 Bullen und 634 Kühe und Kälber, 126 Kälber, 212 Schafe und 528 Schweine. Ochsen wurden gehandelt von 700 bis 950 Mark, Bullen von 650 bis 900 Mark, Kühe von 700 bis 1000 Mark, Kälber von 400 bis 750 Mark, Schweine unter 80 Pfund Lebendgewicht von 1200 bis 1400 Mark, von 80 bis 100 Pfund Lebendgewicht von 1500 bis 1700 Mark und von über 100 Pfund Lebendgewicht

1400 bis 1750 Mark. Alle vorstehenden Preise sind pro Zentner Lebendgewicht gerechnet. Besonders zu berücksichtigen ist bei der Preisbeurteilung, daß in den achtbaren Preisen alle erforderlichen Speise des Handels und des Marktes, wie Kraft, Standard, Versicherung und Kommissionsgebühren, Umsatzerlöse, Gewichtsverluste, Händlergewinne, Provisionen usw. enthalten sind.

Diebshölle. In der Nacht vom 13. Dez. sind aus einem Hofe am Schulberg fünf Stallkühe gestohlen worden, und zwar zwei graue mit weißen Flecken, zwei dunkelrote mit weißen Flecken und ein schwarzer. In derselben Nacht sind in der Niederwaldstraße zwei Ochsen und zwei Kühe von schwarzweißer und brauner Farbe gestohlen worden; ferner an derselben Stelle ein großer Hahnenkamm, an dem ein Hahn abgerissen ist. Mittels Einbruchs wurden aus einem Keller am Bismarckring zwei Tonnen mit ungefähr 60-70 einzelnen Flern gestohlen. In Dackheim wurden in vergangener Nacht vier große Treibriemen gestohlen. Ferner wurde dort in einer Wolframfabrik für etwa 20-25 000 M. Wolle mittels Einbruchs gestohlen.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Hans Sachs Theater. Morgen Mittwoch, abds. 7 Uhr, im Kasinoaal. Die literarische Gesellschaft bringt diesen Abend ihren Monatsabend als besondere Weihnachtsfeier dar. Der Inhalt des großen Rührstücks „Der Tod im Baumstumpf“, „Der überliche Mann und die mütterliche Frau“, „Der Ferkel nahm ein altes Weib“ und „Das Silberbrüthen“. Darsteller sind: Rudolph Polzin (der Nachbar der Ferkel), Fritz Fink, Gustav Albert, Hedwig Brühl, Fritz Kott, Wilhelmine Helm. Als Einleitung spricht Hans Olden. „Danz Sachsen poetische Sendung“ von Goethe.

Konzert des Konzerts Boehm-von Enderl. Die Konzertdirektion versetzt mit, daß Frau Commerlängerin Boehm-von Enderl, die bereits ihr für Sonntag in Stuttgart festgesetztes Konzert ablesen möchte, in Frankfurt erkrankt ist und ihr auf den heutigen Abend festgesetztes Konzert ablesen muß.

Reichsbund der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen. Mitteilungsversammlung heute Dienstag, 14. Dez. für Hinterbliebene in der Aula der Gewerkschaft abends 7.30 Uhr, morgen Mittwoch, 15. Dez. für Kriegsschädigte im Gewerkschaftshaus abends 7.30 Uhr. Anmeldungen der Kinder für die Weihnachtsfeier werden nur noch bis Freitag, 17. Dez. angenommen.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Betriebseinstellung der Opelwerke.

Mainz, 13. Dez. Die Opelwerke in Müllersheim haben seit heute ihren Betrieb bis auf Weiteres vollständig eingestellt. In den Fabrikumständen besorgen, daß die Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgt ist, weil die Forderung der Arbeiter und Angestellten auf Bewilligung einer Wirtschaftsbeteiligung von 1000 Mark nicht bewilligt werden könne, wenn der Betrieb ordnungsmäßig weitergeführt werden sollte. Da etwa 1000 Angestellte in Frage kommen, handelt es sich um einen Betrag von vier Millionen Mark. Der Betriebsrat der Firma hatte mit Rücksicht auf die Ablehnung der Forderung und in Rücksicht darauf möglicherweise entstehender Ruhestörungen kein Amt niedergelegt. Bisher ist die Ruhe nicht gestört. Gendarmerie ist angeboten worden.

Vollwirtschaft.

Berliner Börse.

	11. Dez. 1920		13. Dez. 1920	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	2237.75	2242.25	2255.20	2259.80
Brasilien-Antwerpen	485.50	486.50	487.00	488.00
Norwegen	1061.40	1063.60	1061.40	1063.60
Dänemark	1061.40	1063.60	1061.40	1063.60
Schweden	1411.05	1413.95	1431.05	1433.95
Belgien	160.80	161.20	162.30	162.70
England	256.20	256.80	256.20	256.80
Italien	252.70	253.30	256.20	256.80
London	73.04	73.20	74.29	74.45
New York	433.55	434.45	433.55	434.45
Paris	1132.85	1135.15	1138.85	1141.15
Schweden	940.05	941.95	954.00	956.00
Spanien				
Österreich-Ungarn	19.98	20.02	19.48	19.52
Wien (in Deutsch-Osterr. abgeloimpelt)	83.15	83.35	83.40	83.50
Prag	14.73	14.77	13.73	13.77
Radapest				

Berlin, 13. Dezember 1920

	V. K.	L. K.	V. K.	L. K.
Kriegsanleihe	77.50	77.50	Deutsche Erdöl	2175 - 2110
A. Reichsanleihe	66.75	66.70	Deutscher Löss	375 - 367.75
B. Reichsanleihe	59.75	59.25	Deutsche Wollen	505 - 502
C. Reichsanleihe	52.75	52.25	Deutsche Eisen	375 - 370.50
D. Reichsanleihe	45.75	45.25	Gelsenkirchen	522 - 525
E. Reichsanleihe	38.75	38.25	Harpener	420 - 404
F. Reichsanleihe	31.75	31.25	Höchster Farbwerke	457.25 - 452
G. Reichsanleihe	24.75	24.25	Kali Aschersleben	350 - 340
H. Reichsanleihe	17.75	17.25	Köln Cellulose	215 - 213
I. Reichsanleihe	10.75	10.25	Lahnmeier	365 - 363
J. Reichsanleihe	3.75	3.25	Laurahütte	301 - 298.50
K. Reichsanleihe			Lindes Eismaaschinen	293 - 288
L. Reichsanleihe			Oberwiesl. Eisen	630 - 630
M. Reichsanleihe			Phönix	318 - 321.50
N. Reichsanleihe			Rheinische Metall	505 - 499.25
O. Reichsanleihe			Rhein. Stahlwerke	418.50 - 416
P. Reichsanleihe			Riebeck Montan	250 - 251
Q. Reichsanleihe			Schneker	330.50 - 320
R. Reichsanleihe			Siemens & Halske	350 - 352
S. Reichsanleihe			Ver. Coln. Fettw.	437 - 425
T. Reichsanleihe			Westereg. Alkali	860 - 835.50
U. Reichsanleihe			Zellstoff Waldhof	760.50 - 750
V. Reichsanleihe			Neugina	640 - 635.25
W. Reichsanleihe			Otavi Minen	800 - 802
X. Reichsanleihe			Otavi Gutesch	17.60 - 17.50
Y. Reichsanleihe			Türkische	
Z. Reichsanleihe			Ungar. Kronenrente	

Roth schwächen Verlangt ... **Handelsnachrichten.** Die amerikanische Gesellschaft für den Außenhandel, seit Wochen angekündigt wurde, ist nunmehr bearbeitet worden. Die in Chicago tagenden Konferenzen für den Außenhandel, die neue Corporation soll mit einem Kapital von 100 Millionen Dollars ausgestattet werden, um den infolge der europäischen Beschleifung leidenden Außenhandel der Vereinigten Staaten zu stärken. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dieser „Schub“ als eine Hilfskraft und eine Erleichterung auch den Hauptleitenden den am härtesten von der Entwertung der europäischen Valuta betroffenen Ländern zugute kommen wird. Das amerikanische Interesse bedeutet potenzierte wirtschaftliche Selbstständigkeit — im anderen Falle müßte dieses Interesse schon längst zum eigenen Besten Schritte unternommen haben. Die Unterstützung der Disagio-Währungsänderung, und zwar doch vornehmlich zur dem Zweck der Ausnahmefähigkeit für amerikanische Waren.

Handelsnachrichten.

Die amerikanische Gesellschaft für den Außenhandel, seit Wochen angekündigt wurde, ist nunmehr bearbeitet worden. Die in Chicago tagenden Konferenzen für den Außenhandel, die neue Corporation soll mit einem Kapital von 100 Millionen Dollars ausgestattet werden, um den infolge der europäischen Beschleifung leidenden Außenhandel der Vereinigten Staaten zu stärken. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dieser „Schub“ als eine Hilfskraft und eine Erleichterung auch den Hauptleitenden den am härtesten von der Entwertung der europäischen Valuta betroffenen Ländern zugute kommen wird. Das amerikanische Interesse bedeutet potenzierte wirtschaftliche Selbstständigkeit — im anderen Falle müßte dieses Interesse schon längst zum eigenen Besten Schritte unternommen haben. Die Unterstützung der Disagio-Währungsänderung, und zwar doch vornehmlich zur dem Zweck der Ausnahmefähigkeit für amerikanische Waren.

Amtlicher Wetterbericht.

Höchstwärme des vergangenen Tages 0 Celsius
Tiefstwärme der letzten Nacht -2 Celsius
Niederschlagshöhe der letzten 24 Stunden,
gemessen in Weilburg: — mm
Koblenz: — mm

Voraussichtliche Witterung für morgen:

Wolkig, teilweise aufheiternd, ohne nennenswerte Niederschläge. Frost wieder zunehmend.

Wasserkände am 13. Dez. Mainz 2.99, Mainz 0.90 und
Rhein 0.79, Rheingau 1.34, Raab 0.89, Koblenz 1.11
Rhein 0.84, Trier 0.90.

Druckverleger: Bernhard Grohmann
Verantwortlich für den Inhalt: H. Grohmann; für den
Anzeigenteil: H. Grohmann; für den Anzeigenteil: H. Grohmann;
für den Anzeigenteil: H. Grohmann; für den Anzeigenteil: H. Grohmann;
für den Anzeigenteil: H. Grohmann; für den Anzeigenteil: H. Grohmann;

Hans Sachs-Theater: Literarische Gesellschaft
Kasino, Mittwoch 7 Uhr.
Karten: (8, 6, 4 Mk.) bei Stadt, Born & Schottenfels und Abendkasse.

Bekanntmachung.
Der Delegierte der hohen Kommission für den Stadtkreis Wiesbaden, Herr Kommandant Chotras, teilt mit folgendem mit:
Nach den Bestimmungen des Artikels 1 des Beschlusses Nr. 31 der hohen Kommission müssen die Preise der Gegenstände und Waren für den täglichen Bedarf, welche angezweifelt sind, sichtbar ausgeschrieben sein.
Betreffend Wiesbaden hat die Militärbehörde die Liste der täglichen Bedarfsartikel, für die vorstehende Verfügung in Anwendung zu bringen ist, wie folgt aufgestellt:
Nahrungsmittel, Getränke, Kleidung, Schuhwaren, Wäsche, Kurzwaren, Ausstattungsgegenstände, Reinigungs- und Beleuchtungsapparate, Bücher- und Papierwaren, Barometer, Eisenwaren u. Haushaltungsgegenstände, Porzellan, Eisengut, Glasartikel, photographische und optische Gegenstände, Reiseartikel, Sport-, Toilette- und Gesundheitsartikel, Parfümerien, Zubehörsachen für Maschinen, Schreibmaschinen, Fahrräder, Motorräder und Automobile, Jagdaffen und Munition, Schmuck- und Uhrenwaren, Apotheken- und Drogerieartikel, Tarif der Barbier, Tarif der Friseurin und der Autotaxis.
Ich bitte Sie, diese Liste zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen.
Wiesbaden, den 11. Dezember 1920.
Der Magistrat. (2508)

Betr. Möbelverordnung.
Die Magistrats-Verordnung vom 19. 9. 1920 betr. die Verwendung gebrauchter Möbel zum Wiederverkauf vom 16. 7. 1919 und die weiteren auf Veranlassung der Verordnungsbehörde erlassenen ergänzenden Bestimmungen vom 5. 9. 1919 u. 12. 10. 1919 werden hiermit aufgehoben.
Wiesbaden, den 11. Dezember 1920.
Der Magistrat.

Betrifft: Haferzuweisung.
Die Ausgabe von Haferbeauscheinungen für die Bereinigung erfolgt im ebenfalligen Rahmen, Zimmer 58, am: Mittwoch, den 15. Dez. für die Buchhandlung A.-S. Donnerstag, den 16. Dez. für die Buchhandlung B.-S.
Abholungszeit von 8½-12½ und 3-5 Uhr.
Wiesbaden, den 13. Dezember 1920.
Der Magistrat.

Öffentliche Bekanntmachung.
In das Handelsregister B ist unter Nr. 23 die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Firma „Rheinische Papierverarbeitungs-Industrie“ mit dem Sitz in Niederwalluf eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. September 1920 abgeschlossen. Zweck des Unternehmens ist der Betrieb und Verarbeitung von Zellstoffmüll, Papierwolle sowie sonstiger verarbeiteter Artikel und die Beteiligung an ähnlichen Unternehmen. Das Stammkapital beträgt 40 000 — Mark. Geschäftsführer sind: Landwirt Felix Stallrich, Erbach, Landesbankdirektor Heinrich Pier, Wiesbaden, Ernst Weckerling, ohne Beruf, Erbach, Hans Köll, ohne Beruf, Elzville. Zur Vertretung ist Felix Stallrich zusammen mit einem anderen Geschäftsführer berechtigt.
Ersucht, den 3. Dezember 1920.
Das Amtsgericht.

Zum Besten der
Kleinkinder-Spende
findet
Heute Dienstag, 14. Dezember 1920
in der
PARK-DIELE
der schönsten Diele des Rheinlandes
ein
Wohltätigkeits-Abend
statt.
Zu dieser Veranstaltung haben ihre wohlwollende Mitwirkung zugesagt:
Frau **Alwine Schmidting**, Opernsängerin;
Frl. **Häuser**, Solotänzerin v. Bad. Landestheater, Karlsruhe;
Herr **Karl Mathis** vom Deutschen Theater Berlin;
Herr **Rudi Essek**, Vortragskünstler v. Bad. Theat. Karlsruhe;
Herr **Aldori**, Bariton vom Karlsruher Landestheater;
Georg und **Georgette**, das beliebte Tanzpaar.
Rumänische Kapelle Alexander Mardran
graziöse Tanz- und berausende Stimmungsmusik.
Eintritt Mark 3.—.
Preiskarte auf jedem Tisch. — Keine Trinkgelder. — Kein Aufschlag irgendwelcher Art, Garderobe nach Belieben.
[3882]